

## Bericht der Sommersession 2018

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Finanzpolitik des Bundes gibt weiterhin viel zu Reden. In der Sommersession 2018 lehnte der Ständerat im Gegensatz zum Nationalrat zusätzliche Sparaufträge ab. Allerdings will auch die kleine Kammer den aktuellen Mechanismus für den Schuldenabbau nicht reformieren und schloss eine mögliche Aufweichung der Schuldenbremse aus. Der finanzpolitische Gesprächsstoff wird den Parlamentarierinnen und Parlamentariern auch im zweiten Halbjahr 2018 nicht ausgehen. Dann stehen mit dem Voranschlag für das Jahr 2019 voraussichtlich wieder umfassende Sparmassnahmen zur Diskussion.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Petra Studer, [petra.studer@netzwerk-future.ch](mailto:petra.studer@netzwerk-future.ch)

---

### ENTSCHEIDE DES PARLAMENTS

#### **Neue Regeln für Gentests unter Dach und Fach**

Der Ständerat verabschiedete in der Sommersession 2018 das Bundesgesetz über genetische Untersuchungen beim Menschen (GUMG) (17.048) mit 33 Stimmen bei 7 Enthaltungen. Bei den neuen Regeln für Gentests bestehen keine Differenzen zum Nationalrat, der das Gesetz bereits im Frühjahr gutgeheissen hatte. Mit dem neuen Bundesgesetz wird der rechtliche Rahmen an die neuen technischen Möglichkeiten und an das wachsende Angebot an genetischen Untersuchungen angepasst. Vor allem über das Internet werden immer mehr schnelle und kostengünstige Genanalysen

angeboten, die beispielsweise Informationen über Herkunft, Ernährung, sportliche Veranlagung oder andere Lifestyle-Themen versprechen. Jedoch gilt das GUMG nicht für genetische Untersuchungen zu Forschungszwecken.

Das Parlament stimmte dem Gesetzesentwurf fast ohne Veränderungen zu. So dürfen Versicherungen Resultate von früher durchgeführten genetischen Untersuchungen weiterhin nicht einsehen. Ausnahmen gelten beim Abschluss von Lebensversicherungen über 400'000 Franken sowie für private Invaliditätsversicherungen über 40'000 Franken pro Jahr. In Arbeitsverhältnissen sind Gentests erlaubt, wenn sie dazu dienen, Unfallrisiken oder schwere Berufskrankheiten auszuschliessen. Hingegen sind genetische Untersuchungen zu nicht medizinischen Fragen im beruflichen Verhältnis verboten.

### **Werbung ist grundsätzlich zugelassen**

Genetische Abklärungen im medizinischen Bereich dürfen weiterhin nur durch Ärztinnen und Ärzte verordnet und von bewilligten Labors durchgeführt werden. Pränatale Untersuchungen sind ausschliesslich zur Abklärung von gesundheitlichen Eigenschaften von Embryos oder Föten erlaubt. Knapp fiel im Ständerat der Entscheid über die Frage der Publikumswerbung für Gentests aus: Mit Stichentscheid der Ratspräsidentin folgte die kleine Kammer schliesslich National- und Bundesrat und sprach sich dafür aus, Werbung für genetische Untersuchungen grundsätzlich zuzulassen. Ein Werbeverbot gilt jedoch für Gentests im medizinischen Bereich, für pränatale genetische Untersuchungen sowie für Tests bei urteilsunfähigen Personen.

## **Protokoll des Ständerats vom 30. Mai 2018**

---

### **Ständerat wehrt sich gegen neue Speraufträge**

Die Mitglieder des Ständerats lehnten drei Motionen aus dem Nationalrat ab, die den Bundesrat beauftragen sollten, die Ausgaben des Bundes weiter zu reduzieren. Mit 23 zu 16 Stimmen lehnte die kleine Kammer eine Motion (16.3972) der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei ab, die eine umfassende Überprüfung der Staatsaufgaben sowie Vorschläge für den Verzicht auf bestimmte Aufgaben forderte. Ziel der Motion war eine Senkung der Staatsquote um mindestens fünf Prozent.

Ohne Gegenstimme wies der Ständerat eine weitere Motion (**16.3975**) der SVP-Fraktion ab, welche eine Senkung der gebundenen Ausgaben des Bundes um mindestens fünf Prozent bis im Jahr 2022 forderte. Ebenfalls oppositionslos verwarfen die Ständerätinnen und Ständeräte einen Vorstoss (**17.3537**), mit dem der Bundesrat beauftragt werden sollte, den Personalbestand in der Zentralverwaltung im Rahmen der Personalstrategie 2020-2023 abzubauen.

### **Schuldenbremse nicht aufweichen**

Andererseits stimmte die kleine Kammer mit 23 zu 21 Stimmen einer Motion (**16.3634**) der Finanzkommission des Nationalrats (FK-N) zu, die eine Aufweichung der in der Verfassung verankerten Schuldenbremse untersagt. Der Vorstoss beauftragt den Bundesrat, eine Anpassung der geltenden Regeln auf gesetzlichem Weg auszuschliessen. Die Mehrheit des Parlaments ist damit der Ansicht, dass der Bund Überschüsse weiterhin vollumfänglich für den Schuldenabbau einsetzen soll. Der Finanzminister, Bundesrat Ueli Maurer, kündigte im Rahmen der Parlamentsdebatte eine Gesamtschau zu diesem Thema für das Frühjahr 2019 an.

- Protokoll des Ständerats vom 7. Juni 2018 (Motion Überprüfung Staatsausgaben)**
  
  - Protokoll des Ständerats vom 7. Juni 2018 (Motion gebundene Ausgaben)**
  
  - Protokoll des Ständerats vom 7. Juni 2018 (Motion Personalbestand)**
  
  - Protokoll des Ständerats vom 12. Juni 2018 (Motion Schuldenbremse)**
-

## Nationalrat lehnt Selbstbestimmungsinitiative ab

Der Nationalrat lehnte die Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter» (Selbstbestimmungsinitiative) (17.046) mit 127 zu 67 Stimmen ab. Die Initiative verlangt den Vorrang der Schweizer Verfassung gegenüber dem internationalen Völkerrecht, mit Ausnahme einiger wenigen zwingenden Bestimmungen. Ziel der Initianten ist es, dass Schweizer Volksinitiativen auch dann umgesetzt werden können, wenn sie gegen internationales Recht verstossen. Gegner der Initiative befürchten, dass die Schweiz im Falle einer Annahme der Initiative nicht mehr als verlässliche Vertragspartnerin gälte, da völkerrechtliche Verträge, die in einem Widerspruch zu einer Verfassungsbestimmung stehen, gekündigt oder neu verhandelt werden müssten.

Vor dem Nationalrat hatten bereits der Bundesrat und der Ständerat die Volksinitiative zur Ablehnung empfohlen. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger werden voraussichtlich frühestens Ende November 2018 über das Volksbegehren abstimmen.


 **Protokoll des Nationalrats vom 30. Mai 2018**

 **Protokoll des Nationalrats vom 6. Juni 2018**

 **Protokoll des Nationalrats vom 11. Juni 2018**

## AUSSERDEM HABEN DIE PARLAMENTARIERINNEN UND PARLAMENTARIER ...

---

 ... im Nationalrat mit 96 zu 93 Stimmen bei 2 Enthaltungen eine Motion (17.4210) aus dem Ständerat für die Einführung eines Experimentierartikels im Betäubungsmittelgesetz abgelehnt. Ein entsprechender Gesetzesartikel hätte wissenschaftliche Studien zum Konsum von Betäubungsmitteln

erlauben sollen. Im Jahr 2017 hatte das Bundesamt für Gesundheit eine Studie zum Cannabiskonsum mangels gesetzlicher Grundlage nicht bewilligt. Trotz der Ablehnung der Motion ist das Thema noch nicht vom Tisch: Die Kommissionen für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) der beiden Kammern hatten im Frühling 2018 einer parlamentarischen Initiative zugestimmt, die das gleiche Ziel verfolgt.

- ... im Nationalrat verlangt, dass der Bundesrat die geplante Reorganisation der landwirtschaftlichen Forschungsanstalt Agroscope sistiert. Einer entsprechenden Motion (**18.3382**) der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) stimmte die grosse Kammer mit 141 zu 34 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu. Der Vorstoss fordert den Bundesrat dazu auf, zusammen mit den relevanten Anspruchsgruppen und den Kantonen eine Strategie für die Entwicklung und Koordination der landwirtschaftlichen Forschung zu erarbeiten.
- ... im Ständerat eine Motion (**18.3241**) mit 28 zu 6 Stimmen bei 3 Enthaltungen befürwortet, welche den Bund verpflichten soll, mehrere regionale landwirtschaftliche Forschungsanstalten zu betreiben. Heute ist dies im Landwirtschaftsgesetz mit einer «Kann-Formulierung» festgehalten.
- ... im Ständerat mit 31 zu 6 Stimmen einer Motion (**18.3240**) zugestimmt, die eine bessere Anerkennung von Höheren Fachschulen (HF) durch den Bund beantragt. Der Begriff «Höhere Fachschule» soll geschützt werden, so dass HF sowie deren Diplome im In- und Ausland klar als Teil der Schweizer Berufsbildung erkennbar sind. Als nächstes wird sich der Nationalrat mit dem Vorstoss beschäftigen.
- ... im Nationalrat eine Standesinitiative (**16.319**) des Kantons Thurgau stillschweigend abgelehnt, die ein Verbot von gentechnisch veränderten Organismen in der Landwirtschaft oder ein zehnjähriges Moratorium forderte.

➤ ... im Ständerat mit 35 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung eine Standesinitiative (17.309) des Kantons Bern abgelehnt. Diese beantragte eine Anpassung des Medizinalberufegesetzes, wonach alle Kantone verpflichtet werden sollten, ihren Spitälern pro Jahr und Arzt pauschal 15'000 Franken für Weiterbildungszwecke auszurichten. Ebenso sollte ein Ausgleichsmechanismus zwischen den Kantonen eingeführt werden, um diese Kosten zu teilen.

## **VOM BUNDESRAT BEANTWORTET**

---

➤ **Wie steht es um die Empfehlungen der EFK zum Bewilligungsprozess, zu den Kosten und zur Finanzierung von Tierversuchen?**

Interpellation (18.3047) von Nationalrätin Isabelle Chevalley (GLP).  
Eingereicht am 28. Februar 2018.  
Der Bundesrat hat am 25. April 2018 darauf geantwortet.

➤ **Euratom. Wird sie die Lobby des Nuklearsektors auf Kosten der Steuerzahlenden, die für einen Atomausstieg votiert haben?**

Interpellation (18.3048) von Nationalrätin Isabelle Chevalley (GLP).  
Eingereicht am 28. Februar 2018.  
Der Bundesrat hat am 9. Mai 2018 darauf geantwortet.

➤ **Hochqualifizierte Drittstaatenangehörige. Wann erhöht der Bundesrat endlich die Kontingente?**

Interpellation (18.3074) von Nationalrat Sebastian Frehner (SVP).  
Eingereicht am 6. März 2018.  
Der Bundesrat hat am 9. Mai 2018 darauf geantwortet.

**➤ Finanzielle, regulatorische und politische Auswirkungen des Rahmenabkommens zwischen der Schweiz und der EU**

Interpellation (18.3095) der SVP-Fraktion.

Eingereicht am 7. März 2018.

Der Bundesrat hat am 23. Mai 2018 darauf geantwortet.

**➤ Finanzüberschüsse in die Bildung investieren!**

Motion (18.3189) von Nationalrätin Martina Munz (SP).

Eingereicht am 14. März 2018.

Der Bundesrat hat am 9. Mai 2018 die Ablehnung der Motion beantragt.

**➤ Finanzüberschüsse in die Bildung investieren!**

Motion (18.3190) von Nationalrat Christian Wasserfallen (FDP).

Eingereicht am 14. März 2018.

Der Bundesrat hat am 9. Mai 2018 die Ablehnung der Motion beantragt.

**➤ Finanzüberschüsse in die Bildung investieren!**

Motion (18.3191) von Nationalrätin Andrea Gmür-Schönenberger (CVP).

Eingereicht am 14. März 2018.

Der Bundesrat hat am 9. Mai 2018 die Ablehnung der Motion beantragt.

**➤ Finanzüberschüsse in die Bildung investieren!**

Motion (18.3192) von Nationalrätin Irène Kälin (GPS).

Eingereicht am 14. März 2018.

Der Bundesrat hat am 9. Mai 2018 die Ablehnung der Motion beantragt.

## **➤ Swissmedic. Bürokratische Hürden für die klinische Forschung?**

Interpellation (18.3178) von Ständerätin Anita Fetz (SP).

Eingereicht am 14. März 2018.

Der Bundesrat hat am 9. Mai 2018 darauf geantwortet.

## **➤ Ist das Fortpflanzungsmedizingesetz zeitgemäss, und entspricht es dem Stand von Wissenschaft und Technik?**

Postulat (18.3205) von Nationalrätin Rosmarie Quadranti (BDP).

Eingereicht am 15. März 2018.

Der Bundesrat hat am 16. Mai 2018 die Ablehnung des Postulates beantragt.

## **➤ Weiterbildungsoffensive im Bereich der Digitalisierung für ältere Arbeitnehmende**

Motion (18.3219) von Nationalrätin Irène Kälin (GPS).

Eingereicht am 15. März 2018.

Der Bundesrat hat am 9. Mai 2018 die Ablehnung der Motion beantragt.

## **➤ Kooperationen zwischen kantonalen Universitäten durch Anreize des Bundes fördern**

Interpellation (18.3224) von Nationalrat Christoph Eymann (LDP).

Eingereicht am 15. März 2018.

Der Bundesrat hat am 9. Mai 2018 darauf geantwortet.



### **➤ Duale Bildung, Beratung der Lernenden. Lücken am Horizont?**

Postulat (18.3275) von Nationalrat Jean-Pierre Grin (SVP).

Eingereicht am 15. März 2018.

Der Bundesrat hat am 9. Mai 2018 die Ablehnung des Postulates beantragt.

### **➤ Digitalisierung. Die berufliche Grundbildung an die Anforderungen der Unternehmen anpassen**

Interpellation (18.3298) von Nationalrat Fathi Derder (FDP).

Eingereicht am 15. März 2018.

Der Bundesrat hat am 9. Mai 2018 darauf geantwortet.

### **➤ Geplante Gebührenerhöhung an den ETH. Zulasten der Studierenden und der Kantone?**

Interpellation (18.3307) von Nationalrat Mathias Reynard (SP).

Eingereicht am 16. März 2018.

Der Bundesrat hat am 9. Mai 2018 darauf geantwortet.

### **➤ Formale Weiterbildung im Tertiärbereich vermehrt auf ältere und erfahrene Erwachsene ausrichten**

Motion (18.3359) von Nationalrätin Martina Munz (SP).

Eingereicht am 16. März 2018.

Der Bundesrat hat am 9. Mai 2018 die Ablehnung der Motion beantragt.

## **➤ Wissenschaften. Ein Trumpf der Schweiz in den internationalen Beziehungen**

Interpellation (18.3367) von Nationalrat Claude Bégé (CVP).

Eingereicht am 16. März 2018.

Der Bundesrat hat am 23. Mai 2018 darauf geantwortet.

## **NEU EINGEREICHTE VORSTÖSSE**

---

### **➤ Sistierung der Reorganisation von Agroscope**

Motion (18.3390) der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N).

Eingereicht am 24. Mai 2018.

### **➤ Harmonisierung der Stipendienvergabe. Ist das Ziel erreicht?**

Postulat (18.3391) der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N).

Eingereicht am 24. Mai 2018.

### **➤ Forschungsanstalt Agroscope als autonome öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes mit Rechtspersönlichkeit**

Motion (18.3404) von Ständerätin Brigitte Häberli-Koller (CVP).

Eingereicht am 29. Mai 2018.

**➤ Erschwerte Forschung wegen Ausweitung des Geltungsbereichs des Nagoya Protokolls**

Interpellation (18.3427) von Nationalrat Christian Wasserfallen (FDP).  
Eingereicht am 31. Mai 2018.

**➤ Fragwürdige Studien mit bedenklichen Methoden zur Befreiung von Drogenabhängigkeit**

Interpellation (18.3437) von Nationalrätin Andrea Martina Geissbühler (SVP).  
Eingereicht am 4. Juni 2018.

**➤ Digitale Bildung im Alter**

Interpellation (18.3443) von Nationalrätin Géraldine Marchand-Balet (CVP).  
Eingereicht am 4. Juni 2018.

**➤ Förderung zweisprachiger Unterrichtsmodelle in den Landessprachen. Beitrag des Bundes**

Motion (18.3459) von Ständerat Beat Vonlanthen (CVP).  
Eingereicht am 6. Juni 2018.

**➤ Eine Botschaft für die Teilnahme der Schweiz an den EU-Kooperationsprogrammen 2021- 2027**

Motion (18.3482) von Nationalrat Eric Nussbaumer (SP).  
Eingereicht am 11. Juni 2018.

### **Staatsbetrieb SBB subventioniert Hochschulen**

Interpellation (18.3487) von Nationalrat Thomas Ammann (CVP).  
Eingereicht am 11. Juni 2018.

### **Forschungsanstalt Agroscope als autonome öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes mit Rechtspersönlichkeit**

Motion (18.3491) von Nationalrat Markus Hausammann (SVP).  
Eingereicht am 11. Juni 2018.

### **Impulsprogramm Digitalisierung an den Schulen**

Motion (18.3517) der CVP-Fraktion.  
Eingereicht am 13. Juni 2018.

### **Berufsbildung 2030 mit der Nachhaltigkeit als blinden Fleck?**

Interpellation (18.3533) von Nationalrat Stefan Müller-Altermatt (CVP).  
Eingereicht am 14. Juni 2018.

### **Arbeit dank Bildung**

Motion (18.3537) von Nationalrat Kurt Fluri (FDP).  
Eingereicht am 14. Juni 2018.

**↗ Lehrmittelsponsoring und Wettbewerbsverzerrung durch den Bund**

Interpellation (18.3547) von Nationalrat Gerhard Pfister (CVP).  
Eingereicht am 14. Juni 2018.

**↗ Neues NFP. Grundlagen für eine Globalgeschichte der Schweiz**

Motion (18.3563) von Nationalrat Cédric Wermuth (SP).  
Eingereicht am 14. Juni 2018.

**↗ Kosten der Universitäre Bildung im Gesundheitsbereich**

Interpellation (18.3586) von Nationalrat Peter Schilliger (FDP).  
Eingereicht am 14. Juni 2018.

**↗ Der Weltraum gewinnt wieder an Bedeutung**

Interpellation (18.3615) von Nationalrat Felix Müri (SVP).  
Eingereicht am 15. Juni 2018.

**↗ Die internationale Sichtbarkeit der Schweizer Start-up-Landschaft stärken**

Motion (18.3623) von Nationalrat Fathi Derder (FDP).  
Eingereicht am 14. Juni 2018.

**➤ Schaffung von Studienplätzen in der Humanmedizin. Bilanz über den Aktionsplan des Bundes und Aussichten**

Postulat (18.3631) von Nationalrätin Christine Bulliard-Marbach (CVP).  
Eingereicht am 15. Juni 2018.

**➤ Den Spracherwerb der Nationalsprachen in der Berufsbildung stärken**

Motion (18.3632) von Nationalrätin Christine Bulliard-Marbach (CVP).  
Eingereicht am 15. Juni 2018.

**➤ Konzept zur durchgehenden Qualifizierung im Bereich der Digitalisierung**

Postulat (18.3635) von Nationalrat Stefan Müller-Altermatt (CVP).  
Eingereicht am 15. Juni 2018.

**➤ Berufsbildung soll Teilhabe ermöglichen und das Potential von Menschen mit Beeinträchtigung muss anerkannt und beachtet werden**

Motion (18.3684) von Nationalrat Beat Flach (GLP).  
Eingereicht am 15. Juni 2018.

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

## **KONTAKT**

---

Netzwerk FUTURE

Münstergasse 64/66, 3011 Bern

Tel. 031 351 88 46

**info@netzwerk-future.ch**

**www.netzwerk-future.ch**

---

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik. Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.

---

**19. Juni 2018**

---

---